

# Die Sendung des Kleinstaats: Der Zürcher Historiker Fritz Ernst in der politischen und geistigen Krise der Schweiz im Jahre 1940

Rosen, Edgar R.

Veröffentlicht in:  
Jahrbuch 1986 der Braunschweigischen  
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.17-31



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

7.3.1986 in Braunschweig

## **Die Sendung des Kleinstaats: Der Zürcher Historiker Fritz Ernst in der politischen und geistigen Krise der Schweiz im Jahre 1940\*)**

Von Edgar R. Rosen

*Für Kurt Meurer in freundschaftlicher Verbundenheit zum 19. April 1986*

Gestatten Sie mir zu Beginn eine kurze Bemerkung. Es handelt sich um den Titel des Vortrags. Er lautet in der zweiten Hälfte „Der Zürcher Historiker Fritz Ernst in der politischen und geistigen Krise der Schweiz im Jahre 1940“, jedoch nicht „Der Zürcher Historiker Fritz Ernst und die politische und geistige Krise der Schweiz im Jahre 1940“. Die getroffene Wortwahl „in der Krise“ statt „und die Krise“ bestimmt den Aufbau der nun folgenden Ausführungen. Im letzten Fall würde die Person Fritz Ernsts die erste Stelle einnehmen. Mit dem hier gewählten Titel steht hingegen die Krise im Vordergrund, damit sich an ihr die Bedeutung des Wirkens von Ernst um so deutlicher in ihrer Bedingtheit ablesen läßt.

1940, das Schicksalsjahr des Zweiten Weltkrieges, scheint bis in die geheimsten Winkel des damaligen militärischen und politischen Geschehens durchleuchtet worden zu sein. Es gibt hierzu eine Literatur, die ganze Bibliotheksräume füllen kann und in besonderen Fällen auch füllt, angefangen von der Memoirenliteratur mit ihren Gipfelpunkten Churchill und DeGaulle, sowie den relevanten Abschnitten bedeutender Geschichtswerke. Angesichts solcher Lawine von Erkenntnissen und Darstellungen kann man trotzdem der Frage kaum ausweichen, ob irgendwelche Vorkommnisse jenes Sommers von der internationalen zeitgeschichtlichen Forschung mehr oder weniger unbeachtet geblieben sind. Die Frage kann mit einem nahezu eindeutigen Ja beantwortet werden. Weder die besonders im zeitgeschichtlichen Bereich, so aktive amerikanische, noch die englische, französische oder italienische Geschichtsschreibung haben sich jemals intensiv mit der prekären Stellung der Schweiz inmitten der europäischen Turbulenzen jenes Sommers befaßt, sondern das Feld allein Schweizer Memoirenschreibern, Publizisten und Historikern überlassen. Lediglich eine bei Ferdinand Siebert 1970 in Mainz erarbeitete Dissertation bildet die Ausnahme, doch bezeichnenderweise konnte sie keinen Verleger finden und ist somit nur in der begrenzten Anzahl der Pflichtexemplare vorhanden. Außerdem war sie bereits 1968 abgeschlossen, womit das seit damals verfügbare Material wohl in der Schweizer Öffentlichkeit, aber nicht im wissenschaftlichen Bereich der bundesrepublikanischen Literatur rezipiert worden ist. Für den Jahrgang 1986 der Vierteljahresshette für Zeitgeschichte wurde

\*) Dieses Manuskript wurde auch in den „Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig“ Jahrgang XXI, Heft II, 1986 abgedruckt.

vor kurzem ein Aufsatz „Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg“ angekündigt, über dessen Inhalt sich natürlich vor dem Erscheinen nichts sagen läßt. (Die 1961 in London und ein Jahr danach bei Ullstein verlegte Darstellung des anglo-schweizerischen Journalisten Jon Kimche, „General Guisans Zweifrontenkrieg“ braucht hier wegen ihrer vielfachen Ungenauigkeiten und teilweise phantasievollen Interpretationen nicht in Betracht gezogen zu werden.)

Wie auch im einzelnen die Beurteilungen sein mögen, wir müssen uns hier als Auftakt ohne Einschränkung an die Fakten halten. Der Zeitfaktor gestattet es leider nicht, zurückgreifend im Detail auf die näheren Umstände der Septemberereignisse von 1939 einzugehen, als bereits am 29. August der Bundesrat die Grenztruppen aufbot, die achtzigtausend Mann stark ohne Verzögerung in ihre befestigten Stellungen einrückten, und dann zwei Tage später am Nachmittag des 30. August die aus beiden Häusern des Parlaments – Nationalrat und Ständerat – zusammengesetzte Bundesversammlung dem Bundesrat die Vollmachten, also außerordentliche Befugnisse übertrug. Im Anschluß daran wurde auf bundesrätlichen Vorschlag mit überwältigender Stimmenmehrheit der einer angesehenen Waadtländer Familie entstammende 65jährige Gutsbesitzer und Kommandant des Ersten Armeekorps, Henri Guisan, ohne Debatte zum General der Armee gewählt, ein Rang, den die Bundesversammlung allein im Kriegsfall oder bei drohender Kriegsgefahr dem von ihr gewählten Oberbefehlshaber der Milizarmee verleiht. Noch vor der Abenddämmerung hatte Bern die Regierungen von 40 Staaten dahingehend unterrichtet, daß die Schweiz auf jeden Fall ihre traditionelle Neutralität selbst schützen werde. Zu diesem Zweck wurde am 1. September die Generalmobilmachung der 450000 Mann starken Armee angeordnet, eine Maßnahme, die in den folgenden Monaten der „drôle de guerre“ infolge des Drucks der politischen Parteien und der Gewerkschaften auf 150000 Mann zurückgestuft werden mußte, dann aber am 11. Mai 1940, nach der Eröffnung der vernichtenden deutschen Westoffensive, durch die zweite Generalmobilmachung wiederum auf den Stand des 1. September 1939 gebracht wurde.

Es war der Beginn der jahrelangen Bewährungsprobe der Schweizer Demokratie im Zweiten Weltkrieg. Während die Truppen Guisans ihre Stellungen bezogen, erreichte die Spannung an der Rheingrenze in der Nacht vom 14. zum 15. Mai ein fast nicht mehr tragbares Ausmaß. Das Schweizer Armeekommando, gewarnt durch die Überfälle auf Dänemark, Norwegen, Belgien und Holland erwartete einen deutschen Angriff von, wie man in Guisans Hauptquartier schätzte, 16 kriegsstarken Divisionen [1] gegen das Elsaß und die Schweiz zwischen 2 und 4 Uhr nachts. In Wahrheit standen an der Schweizer Grenze nur sechs Divisionen, kaum eine ausreichende Invasionsstreitmacht. Ein gewaltiges, von der Wehrmacht seit dem Herbst 1939 minutiös vorbereitetes Täuschungsmanöver war von der Maginotlinie bis zur Schweizer Grenze ausgedehnt worden, so daß Guisan und sein Generalstabschef, Korpskommandant Jakob Huber [2], annehmen mußte, ein Vorstoß durch die Schweiz zur Umgehung der französischen Festungskette und einem Durchbruch an der unzureichend geschützten Juraflanke stünde unmittelbar bevor. In der Schweizer zeitgeschichtlichen Literatur liest sich das so: „Truppenzüge mit verhängten Fenstern rollten heran – die Züge waren

leer. Dann Lastwagenkolonnen mit Infanterie – die Mannschaften, spärlich bewaffnet, waren kriegsuntauglich; im Dunkel der Nacht marschierten sie zurück, fuhren ein zweites, drittes und viertes Mal in die Grenzzone ein. Transportzüge mit Panzern und Geschützen, Geräusche manövrierender Tanks in der Nacht – von wenigen Fahrzeugen gestellte Geräuschkulisse, Offiziere in falschen Uniformen“ [3]; „irreführende Funksprüche, Umnumerierungen von Verbänden und Scheinstäben ... mit gezielten Indiskretionen und Gerüchten jenseits der Grenzen“ [4]. (Ähnliche Dinge spielten sich übrigens noch einmal am 8. Juni ab.)

Daß auch die Grenzbewohner irreführt wurden, kann nicht verwundern. Bis heute wird die Frage der dadurch herbeigeführten panischen Fluchtbewegungen in Richtung Gotthard, Berner Oberland, Genfer See pro und kontra debattiert, doch wir besitzen Schilderungen zuverlässiger Augenzeugen, wie die des kürzlich in hohem Alter verstorbenen Alt-Bundesrats Traugott Wahlen, des Schöpfers des weltweit bekannten Schweizer Anbauplans der Kriegsjahre, der in jenen Tagen bei einer Fahrt Bern–Zürich „zahllosen, mit Menschen und Gepäck überladenen Automobilen“ begegnete, „die sich auf der Flucht in die Berge befanden“ [5]. Im Mittelland sah man die endlosen Autokolonnen vorüberfahren, und es verbreitete sich dort, wie bereits in den Grenzkantonen, die Meinung, daß vor allem die Autobesitzer geflohen seien, die „Geldsackpatrioten“, wie es bei den Zurückbleibenden hieß. Soziale Ressentiments wurden genährt, durch die unbestreitbare Tatsache, daß die Flüchtenden vor allem den oberen Schichten angehörten. Auch der nach langen Pariser Jahren in seine Heimat zurückgekehrte Historiker Jean Rudolf von Salis war von der gähnenden Leere in seinem großbürgerlichen Zürcher Wohnquartier beeindruckt [6].

Doch bereits am 28. Mai konnte das beim Armeestab eingerichtete, hochkarätig besetzte „Büro der Psychologen“ von einem erstaunlich raschen Rückgang der Panik berichten, an deren Stelle nunmehr eine gewisse Apathie um sich greife, wobei jedoch „ein Instinkt für das Wesentliche und zu Erhaltende tief im Volk“ verankert sei [7]. Daß die seit dem 5. Juni andauernde „Schlacht um Frankreich“ in der Schweiz vorwiegend mit großer Gemütsruhe verfolgt wurde, ging nicht nur auf die Sympathien mit dem französischen Nachbarvolk, sondern hauptsächlich auf die in der Bevölkerung allgemein verbreitete feste Überzeugung von dem militärischen Potential und der, wie man annahm, daraus resultierenden Unbesiegbarkeit Frankreichs zurück. Die „unvorstellbaren kriegserischen Erfolge der Deutschen“, so berichtete das Büro der Psychologen, dann am 17. Juni, „... haben in einer Mehrheit unvorbereiteter Schweizer Bürger ein Weltbild einstürzen gemacht“ [8].

Diese Stimmung, die mit der französischen Kapitulation am 22. Juni und in den nächsten Tagen ihren Tiefpunkt erreichte, schien die Gefahr eines Hitler-Mythos heraufzubeschwören. In der sozialdemokratischen Presse und ebenso in den durch ihre Führung in anerkennende Bewertung der nationalsozialistischen Agrarpolitik gelockten bäuerlichen Medien, aber auch selbst in freisinnigen Blättern besonders der deutschen Landesteile, stieg vorübergehend die Zahl der das Ende des Liberalismus und Kapitalismus verkündenden Leitartikel sprunghaft an. Während in der Westschweiz freisinnige und sozialdemokratische Zeitungen die neuen Parolen Marschall Pétains,

die aus Vichy herüberschallten, strikt ablehnten, gab es auch welsche Zeitungen – und es waren nicht wenige –, die diese Schlagworte mit Zustimmung aufnahmen und gleichzeitig die Wehrmacht mit Lobesworten überschütteten, so daß ein erheblicher Teil der welschen Bevölkerung dadurch in schwerwiegende Verwirrung geriet.

Der Hintergrund der Stellungnahme vieler westschweizer Blätter war schon dadurch gegeben, daß die Gefährdung der Schweiz aus dem Norden im alemannischen und welschen Landesteil „ungleich intensiv empfunden wurde“, wobei die „Gering-schätzung der Dritten Republik“ durch „welsche Intellektuelle“ neben ihrer „Ablehnung des französischen Volksfrontexperiments“ [9] wesentlich ins Gewicht fiel. Der Zeitgeist manifestierte sich auch darin, daß weite Kreise im ganzen Lande nunmehr auch scharfe Kritik an den drei großen „P“: Parlament, Parteien, Politiker offen zum Ausdruck brachten. Dennoch waren selbst die meisten dieser Kritiker nicht bereit, ihre demokratische Einstellung aufzugeben oder auf die Demokratie als Staatsform zu verzichten, wenn sie auch hinsichtlich deren tatsächlicher Gestaltung Unsicherheit verrieten [10]. Blickte man zurück auf das Jahr 1939 und die damals in Zürich veranstaltete Landesausstellung, die Landi, mit der jene Haltung und Denkart, die geistige Landesverteidigung genannt wurde, Gestalt annahm, und verglich man das völlige Fehlen einer Mißstimmung in jenen Tagen der Generalwahl mit dem Bild des Sommers 1940, als „diese Einigkeit, diese Zuversicht in die eigene Kraft zur Behauptung von Freiheit und Unabhängigkeit weitgehend erschüttert zu sein schien“ [11], dann konnte die durch den „ungeheuren Druck der veränderten europäischen Lage“ [12] geschaffene Stimmung den Gedanken des Heraufziehens einer Staatskrise näherlegen.

Daß die nationalsozialistische Propaganda, die von jenseits der Grenzen und im Lande selbst den Widerstandswillen der Bevölkerung zu untergraben versuchte, hieran beteiligt war, unterliegt keinem Zweifel. Wie J. R. von Salis später in der Einführung zu seinen gesammelten, während des Zweiten Weltkriegs international beachteten, politischen und militärischen Rundfunkkommentaren es ausdrückte, war hier in verstärkter Weise eine organisierte Einschüchterung im Gange, die bereits seit 1936 in der deutschen Gesandtschaft in Bern von dem Legationsrat Freiherr von Bibra dirigiert wurde, der ungeachtet des Verbots dieser Funktion durch die Schweizer Regierung offen als aktiver Landesgruppenleiter der NSDAP in der Eidgenossenschaft fungierte. Der Genfer Historiker Daniel Bourgeois konnte vor mehr als zehn Jahren eindeutig nachweisen, daß schon von 1934 an die NSDAP mit ihren verschiedenen Dienststellen entschlossen war, die rechtsextremen Bewegungen in der Schweiz zu unterstützen, wobei von 1937 an der Anschlußgedanke immer deutlicher hervortrat. Daß neben einem auf Abwarten ausgerichteten taktischen Realismus in Berlin im Juni 1940 auch andere, ultraradikale Tendenzen vorhanden waren, die sich aber letztlich nicht durchzusetzen vermochten, beweisen die Akten der nationalsozialistischen Machthaber. Andererseits bestand dank der Bemühungen Bibras und seiner Helfershelfer in den Konsulaten im Juni 1940 bereits der sogenannte „Führerkreis“, der die verschiedenen Schweizer Nationalsozialisten vereinigte und aus dem die „Nationale Bewegung der Schweiz“ hervorging.

Hier kamen nun Elemente ins Spiel, angesichts deren gefährlicher Umtriebe Hermann Böschenstein 1970 auf dem 7. Treffen für Schweizerische Zeitgeschichte forderte, daß einmal die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge zwischen Alldeutschtum, Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz, Frontismus und Nationalsozialismus aufgeheilt werden sollten. Mit gutem Grund hatte Böschenstein die von ihm genannten Organisationen und Bewegungen in dieser Reihenfolge aufgezählt. Die Mitglieder und Gefolgsleute des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz, 1921 in den Auseinandersetzungen um den Völkerbundsbeitritt der Schweiz entstanden, waren in ihrer Mehrzahl weder Frontisten – worüber sogleich zu sprechen sein wird – noch Rassisten oder Nationalsozialisten, sondern – ich übernehme hier die Charakterisierung von Werner Rings [13] – „ein Zusammenschluß reaktionärer deutschfreundlicher Politiker und Militärs, die sowohl für schweizerische Bodenständigkeit als auch für die völkische und kulturelle Verbundenheit mit Deutschland warben“. Man muß hier auch an die romantisierende Bindung zahlreicher Angehöriger der Elite deutschschweizerischer Politiker erinnern, unter denen es zur Tradition gehörte, „ein oder mehrere Semester insbesondere an deutschen Rechtsfakultäten“ [14] studiert zu haben. Dennoch bleibt es eine Tatsache, daß manche Anhänger des Volksbunds zu Vorreitern des Nationalsozialismus in der Schweiz wurden. So der aargauische Staatsarchivar Hektor Ammann, der zum „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ und dessen von 1933–1939 amtierenden Leiter, Hans Steinacher, in engsten Beziehungen stand. Die gleiche Politik betrieb der Aargauer Publizist Dr. Hans Öhler, wie Ammann Repräsentant des antisemitischen Flügels des Volksbunds. Seit 1928 war es Öhler im Laufe der Jahre gelungen, kritisch eingestellte liberale Jungakademiker allmählich auf oppositionelle, anti-parlamentarische und antidemokratische Gedankengänge einzuschwören. Einer seiner geschicktesten Schüler, der Zürcher Rechtsanwalt Robert Tobler, der schon 1930 auf der 3. Akademikertagung in Luzern durch seine, man kann sagen, vorfrontistischen Thesen aufgefallen war, wurde im Sommer des gleichen Jahres in Zürich zum Gründer der Gruppe „Neue Front“, die sich an der Universität Zürich fest etablierte, und mit Hilfe anderer Organisationen, z. B. dem Schweizerischen Studentenverein, erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit betrieb. 1932 brach die sich radikalisierte Neue Front endgültig mit den Jungliberalen. Sie näherte sich nunmehr der im Oktober 1930 ebenfalls aus Zürcher Studentenzirkeln hervorgegangenen „Nationalen Front“, die sich sofort zum Träger deutsch-nationalsozialistischen und italienisch-faschistischen Gedankenguts machte. Nach dem Januar 1933 kam es zur Verschmelzung beider Fronten, zuerst als „Kampfbund Neue und Nationale Front“, der sehr bald wieder unter dem Namen „Nationale Front“ im Verein mit gleichgesinnten anderen Fronten und Fröntchen unter ihrem „Gauführer“ Tobler die Gewässer der eidgenössischen Politik aufzuwühlen begann.

Die faschistische „Frontenbewegung“, so beschrieb sie von Salis Jahrzehnte danach in seinen im Druck vorgelegten Tagebüchern der Jahre von 1981 bis 1983, den „Notizen eines Müßiggängers“ [15], „war eine rührige Minderheit, die aber Sympathisanten sowohl in militärischen wie in politischen Kreisen besaß. Die Demokratie als Staatsform wurde von solchen Leuten in Frage gestellt und eine autoritäre Schweiz befür-

wortet“. Wie anderswo arbeitete die verheerende Wirtschaftskrise, die mit schlimmsten sozialen Auswirkungen auch die behäbige und solide Schweiz nicht verschonte, den Fronten in die Hände. Das Wort „Frontenfrühling“ wurde zum Markenzeichen eines vordergründigen frontistischen Siegeszuges, der jedoch, im Gegensatz zum Reich, trotz aller von den Fronten bewirkten Verwirrungen in der so anders strukturierten Schweiz nicht von Dauer war. Die mörderischen Ausrottungen innerhalb der nationalsozialistischen Parteilite im Deutschland des Juli 1934 brachen den Fronten das Genick, ein Abstieg, der jedoch auch ohne diesen Anlaß unvermeidbar war. Angesichts der besonderen politischen Beschaffenheit der vielstämmigen Schweiz – auch hier zeigt sich Werner Rings als kluger Führer durch die eidgenössische Politik – mit ihren fast zwei Dutzend souveränen Kantonen, ihrer Machtverteilung auf viele weit verstreute Zentren innerhalb eines enggesteckten Netzes autonomer, sich gegenseitig kontrollierender Gebilde und ohne Voraussetzungen für eine zentrale Kommandogewalt, dies alles waren Gegebenheiten, die sich jeder sie vernichten wollenden Bewegung erfolgreich widersetzen. Die Nationale Front wurde von ihrer Stellung als stärkste frontistische Partei wieder zu dem unbedeutenden Faktor, als der sie zuerst die politische Arena betreten hatte. Bis 1935 hatte die Hälfte ihrer Mitglieder die Organisation wieder verlassen, auch wenn Tobler von 1935 bis 1939 als einziger jemals gewählter Frontist in Bern im Nationalrat saß [16]. 1940 löste die Nationale Front sich selbst auf, ohne zu ahnen, daß binnen weniger Wochen die Frontisten durch den Zusammenbruch Frankreichs und die europäische Vormachtstellung des Dritten Reiches in den Rang politischer Erpresser aufsteigen könnten. Zwei neue Parteien, die „Nationale Bewegung der Schweiz“ und die „Eidgenössische Sammlung“ mit den gleichen selbsternannten Pseudoführern und derselben Botschaft, appellierten an ihre alte und eine neue Gefolgschaft, doch mit plötzlich größerem Erfolg bei den Behörden und im militärischen Bereich. Ermittlungen wegen Landesverrats schiefen ebenso ein wie Strafverfahren gegen die Frontisten hofierende Offiziere. Noch im Mai waren Untersuchungen gegen 124 Offiziere, davon 41 Frontisten und 83 in den Akten der Polizei als Faschisten bzw. als Nationalsozialisten geführte Angehörige des Offizierskorps gelaufen. Nur drei von ihnen kamen schließlich vor das Militärgericht, vier stellte man zur Disposition. Am 24. Juni, das Datum ist alles andere als unwichtig, wurde 117 Offizieren vom Armeekommando mitgeteilt, daß die Ermittlungen über sie nicht fortgesetzt werden würden. Eine von diesem Kreis ausgehende Kampagne gegen General Guisan verstieg sich ganz offensichtlich zur ihn isolierenden Zurückhaltung von Nachrichten und anderen wichtigen Informationen aus Deutschland. Noch konnte niemand ahnen, daß unentwegte Frontisten später als spionierende Landesverräter zu Zuchthäuslern herabsinken würden.

Doch kehren wir zum Juni 1940 zurück.

Oberst Hans Rudolf Kurz, ehemals Vizedirektor des Eidgenössischen Militärdepartements, beschrieb, ein Vierteljahrhundert danach im Jahre 1965 die damalige Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit im Hinblick auf die totale Einschließung des Landes durch die Achsenmächte und den pausenlos auf sie einhämmernden nationalsozialistischen Nervenkrieg, als „eigenartige Mischung von Verwirrung und Trotz“

[17]. Unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs stellte das „Büro der Psychologen“ eine Zunahme des Defaitismus fest. Die sei jedoch, im Gegensatz, zu dem von den Frontisten gepredigten aktiven, ein passiver Defaitismus, der sich rasch ausbreite, auch in einigen Armeeeinheiten [18]. Dabei wußte die breite Öffentlichkeit, in der der Ruf nach einer Demobilmachung – denn der Krieg sei ja beendet – immer lauter wurde, nichts Genaues von den Konzessionen, zu denen Bundesrat und Armeeführung angesichts der deutschen Sperrung schweizerischer Kohleneinfuhren sich in den Tagen des französischen Waffenstillstands gezwungen gesehen hatten, wie Legalisierung von NS-Parteistellen in der Schweiz, Freilassung von zur Landung gezwungenen Luftwaffenangehörigen, umfassenden Waffenlieferungen an Deutschland, und Abbruch aller Befestigungsvorhaben im Grenzbereich, aus dem auch die Luftwaffe abgezogen wurde. Da sich aber unvermeidlicherweise Gerüchte über diese Vorgänge verbreiteten, erwartete man landesweit ein klärendes offizielles Wort des Bundesrates, der sich seit Wochen in Schweigen gehüllt hatte.

Endlich wandte sich am ersten Tage der Waffenruhe an der Westfront, es war der 25. Juni 1940, Außenminister Pilet-Golaz als amtierender Bundespräsident über den Landessender an die tief beunruhigte Bevölkerung [19]. Doch seine Ansprache, die danach auf Deutsch und Italienisch von zwei seiner bundesrätlichen Kollegen verlesen wurde, bewirkte besonders im alemannischen Landesteil vermehrte Bestürzung. Außerdem war die Ansprache des intelligenten Magistraten, der selbst in seiner engeren waadtländischen Heimat „als kalt, eitel, autoritär und arrogant“ [20] galt, und „nach Erziehung und Geisteshaltung kein echtes demokratisches Denken vertrat“, zu einer Übung in „Verschwommenheit und Zwieltichtigkeit“ [21] geraten, die jegliche Auslegung möglich machte und anstatt Klärung der Position der kollegialen Landesbehörde sowie Selbstvertrauen zu schaffen, durch „Unsicherheit und Verwirrung“ den verhängnisvollen „Geisteszustand für ein von Gefahren unwittertes, von Zweifeln gepeinigtes Volk“ [22] herbeiführte. Auch wenn sich Pilet, der, wie wir wissen, damals vom deutschen Endsieg überzeugt war, bemühte, der Situation gerecht zu werden, stieß er vor allem deutsch-schweizerische Hörer vor den Kopf mit Andeutungen über ein „neues europäisches Gleichgewicht außerhalb veralteter Formen“, mit seiner Aufforderung an das Volk, „der Regierung zu folgen als einem sicheren und hingebenden Führer“, mit der Verwendung von schillernden Begriffen, wie „Erneuerung“, „Anpassung“, „innere Wiedergeburt“. Die Forderung nach größerer Autorität war, wie Werner Rings mit Recht betont hat [23], durch die in der schweizerischen Demokratie verankerte Schwäche des Bundesrats wie des jeweils ein Jahr amtierenden Bundespräsidenten gar nicht gegeben und konnte nur Phrase sein. „In der damaligen Lage beruhte die verheerende Wirkung der Ansprache vor allem in dem, was sie verschwieg“ [24]. Die drängendsten Fragen des Volkes nach der Zukunft wurden, „durch dunkle Orakelsprüche, nebelhafte und aufwühlende Worte“ völlig offengelassen. Und diese Zukunft konnte sogar düsterer sein, als es der äußere Anschein zuließ. Hatte doch im Mai, als die größte Unruhe in der Schweiz herrschte, für diese keine unmittelbare Gefahr bestanden, wohingegen nun nach der gelungenen Täuschung vom 14./15. Mai – einen Tag nach der Waffenruhe und der Pilet-Rede – die Wehrmacht, aus welchen Gründen auch



immer, „Pläne für die Operationsstudie Tannenbaum“, d. h. einen Angriff auf die Schweiz und deren militärische Besetzung erstellen ließ [25].

Statt ihres beabsichtigten Zwecks wurde Pilets Ansprache aber zum Signal für einen sehr anderen Aufbruch. Nicht so sehr, daß die schon zuvor beschlossene Aufstellung von Ortswehren in der ganzen Schweiz vorangetrieben wurde oder daß sich geheime zivile Widerstandsgruppen überall dort, wo die NSDAP ihre Schwerpunkte hatte, und selbst innerhalb der lokalen Einwohnerwehren bildeten. Dies war vielmehr die Stunde weitaus bedeutenderer Unternehmungen, so des Mitte Juli von 37 Angehörigen des militärischen Nachrichtendienstes gegründeten geheimen „Offiziersbunds“. Zahlreiche Nachrichtenoffiziere befürchteten eine Schwächung der schweizerischen Abwehrkraft durch die von Pilet angekündigte und am 7. Juli begonnene Demobilmachung von, wie es hieß, 260000 Wehrmännern. (Es waren dann im Juli und August 220000, eine Maßnahme, gegen die sich Guisan erfolglos gewehrt hatte). Die Offiziere waren auch verstört durch das beharrliche Schweigen des Generals. Sie wußten nur allzu viel über das frontistische Werben um den Bundesrat, über die Bemühungen führender Persönlichkeiten, mit Berlin Kontakt herzustellen, über die Intrigen, um Guisan abzuverufen, und den zwar mißglückten Versuch des deutschen Presseattachés Trump, die dem Reich nicht genehmen Chefredakteure des Berner „Bund“, der Neuen Zürcher Zeitung und der „Basler Nachrichten“ von ihren Posten zu entfernen. Die 37er Gruppe befürchtete eine kampfloze Unterwerfung der Schweiz nach dem tschechischen Muster von 1939 und war in einem solchen Fall zu breit gefächerter Gewaltanwendung und Machtübernahme in Bern bereit. Die Initiatoren hatten für ihre Meutereipläne inzwischen bereits weitere Anhänger im Offizierskorps gefunden. Doch am 3. August gerieten durch den Irrtum eines Kuriers ihre Geheimdokumente in Luzern in falsche Hände. Unter dem anfänglichen irrigen Eindruck, daß es sich um Hochverrat im Interesse des Dritten Reiches handle, griff die Armeeführung drakonisch ein. Nachdem man aber dort sehr rasch den wahren Sachverhalt erkannte, kam es noch nicht einmal zur Anklageerhebung. Im Gegenteil: Der General empfing die Verschwörer „mit kaum unterdrückter Herzlichkeit“ und ließ seine Solidarität mit ihnen durchblicken, unter denen er seine besten Offiziere wußte. Disziplinarstrafen in Form von an sich selbst vollzogenem Arrest für wenige Tage trafen allein die Anführer, die ausnahmslos, entgegen dem Verlangen des Bundespräsidenten, in ihre Positionen zurückkehrten.

Eine Art zivile Version des Offiziersbunds war dann die Anfang September als Geheimorganisation gegründete überparteiliche „Aktion Nationaler Widerstand“ mit 500 einflußreichen Mitgliedern aus Kreisen der früheren Offiziersbündler, Redakteuren, Hochschulprofessoren, Parlamentariern, Vertretern der Wirtschaft und der Kirchen, wobei die einzelnen Mitglieder außer einem Vertrauensmann die übrigen Angehörigen der Organisation nicht kannten. Geleitet wurde das ganze Unternehmen von einem Geheimausschuß, der Maßnahmen vorbereitete, um im Fall einer Invasion zum unbedingten Widerstand überzugehen [26].

Doch die Krönung des Widerstandswillens vollzog sich an höchster Stelle. Noch vor der Gründung des Offiziersbunds war am 12. Juli eine Mitteilung Guisans an den Bundesrat gelangt, daß der General als Oberbefehlshaber die Verteidigung der Schweiz

„nach einem neuen Grundsatz“ der als „Réduit National“ bekanntgewordenen Planung organisieren werde, um einen deutschen Versuch, die Alpenpässe unter die Kontrolle der Achse zu bringen, verhindern zu können. Das um die drei Festungen Sargans, St. Gotthard und St. Maurice anzulegende gewaltige Alpenbollwerk würde der das Réduit beherrschenden Armee einen gewaltigen Vorteil einbringen. Die Feldarmee würde somit allmählich aus ihren Stellungen im Mittelland herausgeführt und im Zentralalpenraum konzentriert werden. „Von den letzten Tagen des Juni 1940 an“, so stellte es Guisan vier Jahre später in einer Ansprache in Coppet dar, „brachen unsere Divisionen auf und stiegen zum Réduit hinauf. Daraufhin sah man an den unerlässlichen Durchgangsstellen erneut Hinterhalte entstehen wie einst in vergangenen Zeiten am Morgarten. Allerdings mit den Mitteln des modernen Kämpfers: Beton und Stahl“ [27]. Seine endgültige Form nahm dann das Réduit im Mai 1941 an [28]. Der Kriegsverlauf sollte Guisans Wagemut vollauf bestätigen.

Eine im Grunde so revolutionäre „Konzeption und Kampfführung“ [29] machte aus dem Bemühen heraus, auf die höheren Kader einzuwirken, deren umfassende Orientierung notwendig. So wurden für den 25. Juli 1940, einen Monat nach der Pilet-Rede, alle 485 Kommandanten der kombattanten Waffentruppen herunter bis zum Bataillon und der Abteilung (es war dies ein Einfall des Hauptmanns Bracher in Guisans persönlichem Stab) nach Luzern befohlen. (Nur die Generalstabsoffiziere blieben auf ihren Posten.) Von dort fuhren sie, begleitet vom Beifall der Menge, unter Polizei- und Fliegerschutz bei strahlendem Sonnenschein auf einem der Vierwaldstätterseedampfer, zu der für die Schweizer Unabhängigkeit symbolischen Rütliwiese, wo 649 Jahre zuvor die Eidgenossenschaft entstanden war.

Hier erläuterte Guisan (es sind seine eigenen Worte im Bericht von 1945 über den Aktivdienst) kurz und in großen Zügen die für den Widerstand im Réduit getroffenen Maßnahmen und gab die Parole aus: „Es geht um die Existenz der Schweiz... Wille zum Widerstand gegen jeden Angriff von außen und gegen die verschiedenen Gefahren im Innern, wie Erschlaffung und Defaitismus; Vertrauen in die Kraft dieses Widerstandes“. Ein am gleichen Tage erlassener und überall vor der Truppe verlesener Armeebefehl brachte das in prägnantester Weise zum Ausdruck! „Leiht euer Ohr nicht denjenigen, die aus Unwissenheit oder böser Absicht defaitistische Nachrichten verbreiten und Zweifel säen. Glaubt nicht nur an unser gutes Recht, sondern auch an unsere Kraft, mit der wir, wenn jeder von eisernem Willen erfüllt ist, erfolgreichen Widerstand leisten werden“ [30].

Dieser als Rütli-Rapport in die Schweizer Zeitgeschichte eingegangene Appell ist von da an bis 1945 und darüber hinaus Symbol der Widerstandsbereitschaft von Armee und Bevölkerung der Eidgenossenschaft geblieben. Über die „Herausforderung Deutschlands“, wie es der später aus dem Dienst entlassene Oberst Gustav Däniker ausdrückte, über das Wort des Bundespräsidenten vom „unglücklichen Säbelrasseln“ und über die Drohung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker von den „schlimmen Folgen“, sowie die diplomatischen Proteste Berlins und Roms ist die Geschichte hinweggegangen, während Guisan zu jenem pater patriae wurde, als der er im eidgenössischen Bewußtsein auch heute weiterlebt [31].

Aber noch eine andere bedeutsame Variante des Widerstands bleibt zu erwähnen: Der durch die Initiative des Zürcher Universitätsprofessors Theo Spoerri am 30. Juni 1940 als „elitäre Kaderorganisation“ [32] gegründete, mit Plakaten, Inseraten und Veranstaltungen bewußt in aller Öffentlichkeit agierende „Gotthardbund“, der sehr bald 8000 Mitglieder aus den konträrsten politischen Lagern umfaßte. Im Vorfeld dieser Gründung hatten Spoerri und der Welschschweizer Intellektuelle Denis de Rougemont von Ende 1939 bis zum Frühjahr 1940 sich erfolgreich bemüht, der eidgenössischen Idee „in der Einheit ihrer Mannigfaltigkeit“ durch Rundfunkvorträge Ausdruck zu verleihen. Es war in einer dieser Sendungen, daß der Name des Deutschschweizers Fritz Ernst erstmals durch seine Ausführungen das Ohr einer sehr breiten Öffentlichkeit erreichte [33].

Wer war nun der Dr. Fritz Ernst gerade zu jener Zeit? Die Frage ist schon deshalb berechtigt, da er erst im Dezember 1943 als 54jähriger eine Professur für deutsche Literaturgeschichte und einen Lehrauftrag für Militärgeschichte an der ETH Zürich erhielt, der dann 1948 das Extraordinariat für Komparatistik an der Universität Zürich folgte, „zwei spät erlangte Professuren“, wie er selbst in seiner einzigen mehr als knappen autobiographischen Notiz schrieb, wobei er ganz gewiß die Formulierung „zu spät“ unterdrückte [34]. Das hier gestellte Thema erlaubt es nicht, die späteren wissenschaftlichen Leistungen dieses der Neuen Zürcher Zeitung nahestehenden, kenntnisreichen Komparatisten und Essayisten eingehend zu würdigen. Es waren jene fünfzehn Jahre von 1945 bis 1958, in denen sich sein lehrendes Wirken im Rahmen der intellektuellen Weltgeschichte und der drei Geisteskreise Helvetismus, Europäismus und Kosmopolitismus vollzog, Themen, die sich in ebenso vielen Bänden eindrucksvollster Produktion niederschlugen, ganz zu schweigen von den nahezu 20 Anthologiebänden, die Ernst zwischen 1927 und 1957 als Herausgeber betreute.

Der 1889 bei Winterthur Geborene lebte seit 1891 bis zu seinem Tode 1958 in der Stadt Zürich, mit Ausnahme von Reisen und Studienjahren, so von 1912 bis 1914 in Berlin, ein Aufenthalt, in dem er einen seiner „großen Eindrücke“ erblickte. (Dies und die folgenden Zitate aus Fritz Ernst, Späte Essays, 1963). Das ursprüngliche juristische Studium gab er frühzeitig auf, um sich der Germanistik zuzuwenden, der er sich verschrieb, „um Menschen überhaupt zu unterrichten“. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand unter dem Einfluß von Fernand Baldensperger, dem bedeutenden Komparatisten der Sorbonne, der „Impuls zur Bearbeitung der gesamtschweizerischen Geistesgeschichte“.

„Von der Schweiz aus“, so Prof. Fritz Blanke bei der kirchlichen Abdankung über diesen begnadeten Essayisten, „wandte er sich auf einer abendländischen Wanderung den großen Geistern Europas zu. Sein universelles Denken war letztlich aus ... (der) verstehenden Gesinnung“ (eines Mannes) geboren, (der) „nicht nur Gelehrter sondern auch Bekenner war“. „Es wäre heute für mich eine große Entbehrung“, meinte Ernst ein Jahr fünf vor seinem Tode [35], „wenn es mir verwehrt würde, weiterhin zu schreiben“. Doch war diesem unermüdlichen Schreiben der Jahre seit 1930 „ein langes Reden vorangegangen“, die drei Jahrzehnte als Lehrer der Weltgeschichte am zürcherischen Mädchengymnasium auf der Hohen Promenade, „ein langes Zwiegespräch mit heran-

wachsenden Frauen“. Seine Freunde und viele andere wußten, „mit welcher Leidenschaft und mit welchem Erfolg“ er sich diesem Lehramt widmete [36].

In den dreißiger Jahren entstanden dann Werke wie der Essayband „Studien“ zur europäischen Literatur“ (1930), von dem gesagt wurde, daß einige der darin enthaltenen Aufsätze in ihrer äußersten Deckung von Form und Inhalt, von Stoff und Behandlung durchaus vollkommen seien. Gleiches vernahm man über „Die Schweiz als geistige Mittlerin“ (1923) als einem Buch, das man mit Ehrfurcht vor der Eindringlichkeit und Kunst der Darstellung wie vor dem weitblickenden und umfassenden Geist des Autors zu Ende lese. 1933 folgte der den Leser immer wieder in seinen Bann ziehende Band „Iphigeneia und andere Essays“, danach 1936 „Wilhelm Tell. Blätter zu seiner Ruhmesgeschichte“ über den Meisterschützen, der, wie es am Ende hieß, „strahlend seinem freien, jedem freien Volke winkt“ [37].

Hier meine ich, finden wir auch den Übergang zu dem Verfasser der nur 100 Seiten starken Sammlung von „Ansprachen und Aussprachen“, mit der sich Fritz Ernst im Herbst 1940 unter dem Titel „Die Sendung des Kleinstaats“ an seine Leser wandte [38]. Prof. Werner Weber, der frühere Feuilletonchef der Neuen Zürcher Zeitung, hat uns den Pfad dorthin gezeigt. „Fritz Ernst“, so schrieb er im März 1958 [39], „ist ein Vorbild. Als Bürger setzte er sich mit dem Schicksal der Heimat gleich, litt an den Schwierigkeiten der Gemeinschaft; war getröstet durch die Treue, mit der die Nation bei ihren Pflichten blieb, dankte dem Geist des Landes, wenn dieser das Bestmögliche zustande brachte. Er hatte eine Witterung für Krisen. Wo er sie bemerkte, da stellte er sich mit seinen Kenntnissen, seiner Bildung, seiner Erfahrung. Wissenschaftler, Bürger? Beide auf den höheren Stand des in der Gemeinschaft verantwortlichen Menschen erhoben“.

Von dieser Warte aus war auch der im November 1939 gehaltene Rundfunkvortrag „Deutsche Schweiz und Deutschland“ [40] konzipiert, den Fritz Ernst ein Jahr danach in den Band „Die Sendung des Kleinstaats“ einfügte. In dessen Nachwort vom [41] Oktober 1940 wird erkennbar, wie sehr der Leser dort in den einzelnen Beiträgen auf die feinen Töne achten mußte. Nachdem der Verfasser umschreibend von den in einer „damokleischen Situation“ lauernden Gefahren gesprochen hatte, bekräftigte er den all seinen Ausführungen zugrunde liegenden Entschluß, auf jede Polemik zu verzichten, wobei aber die unverzichtbaren Grundlagen schweizerischer Existenz im Herzen Europas niemals verschwiegen wurden. Schon in dem Vortrag „Deutsche Schweiz und Deutschland“ war er von der nicht anzutastenden Sprachgemeinschaft zwischen Deutschland und der Deutschen Schweiz ausgegangen, die „nach unserem Willen keinerlei politische Gemeinschaft nach sich zieht“. Sicher kenne Deutschland Kategorien, welche die deutsche Schweiz nicht übernahm. Sicher verfüge die deutsche Schweiz über Kategorien, die eigenen oder völlig fremden Ursprung hätten. Doch es gebe ja andererseits den beharrlichen geistigen Tausch „ohne Abrechnung während tausend Jahren“ [42]. „Bis auf diese Stunde haben wir uns nicht trennen wollen“, so fuhr er fort, „von dem nach unserer Meinung geistig größten Jahrhundert Deutschlands von Lessings Toleranz und Schillers Menschenwürde bis zu Goethes poetischer Allmacht und Rankes ins Religiöse hinaufreichender Objektivität [43]. Wir dürfen es sagen ..., weil wir entschlossen sind, in der Erhaltung dieser hohen Werte ... unsern

eigenen Lohn zu finden... Aber damit dies geschehen kann“ – die Mahnung wurde nun unüberhörbar –, „muß eine unerläßliche Voraussetzung die Wahlfreiheit sein ..., derer die deutsche Schweiz zufolge ihrer eigenen Gang- und Gemütsart nicht minder als ihres eigenen Pflichtenkreises bedarf... Ein Element scheint uns mit der Bestimmung der deutschen Schweiz untrennbar verknüpft! Das Weltbürgerliche“ [44]. Es waren, in der konziliantesten Form vorgebracht, wahrlich unmißverständliche Worte.

Anfang 1940 meinte Ernst, daß er mit seiner Betrachtung über die Sendung des Kleinstaats der Geringschätzung dieser Staatsart entgegenzutreten wolle, die in jenen Tagen zum wichtigen ideologischen Rüstzeug von Nationalsozialismus und Faschismus gehörte. In einer für ihn charakteristischen Beweisführung las er die Sendung des Kleinstaats aus der Geschichte ab: Sei es nicht wunderbar, daß die drei großen Erlebnisse der abendländischen Kultur – ihre Grundlegung in Athen, ihre Renaissance in Florenz und ihre Klassik in Weimar – sich in drei kleinen Gemeinwesen vollzogen, die verächtlich wären, wenn es in der Geschichte nur auf Umfang und auf Zahl ankäme. Nicht weniger unmißverständlich als im November 1939 folgte dann der Satz „ein hundert Millionen Menschen auferlegter Irrtum wird dadurch nicht zur Wahrheit“. „So sei es uns auch vergönnt“, spann er den Faden weiter, „unseres an Umfang kleinen, an Zahl schwachen, an Willen aber unbeugsamen Vaterlandes zu gedenken“, und den geistvollsten schweizerischen Universalhistoriker zu zitieren, der gesagt habe, der Kleinstaat sei dazu da, die größtmögliche Freiheit des Einzelnen zu verwirklichen. Doch alles Menschliche sei ja gefährdet und der Kleinstaat ganz besonders. Er könne sich auf die Dauer nur behaupten, indem er sich sozusagen in sich selbst vervielfache. Der Kleinstaat sei dazu bestimmt, auf minimalem Raum ein Maximum an Leben zu entbinden, er sei die Lebensform des selbstverantworteten Individuums. Er könne nicht existieren ohne den Menschen, der dem Menschen Ehre macht. Vielleicht liege hier des Rätsels Lösung, wieso ein unverhältnismäßig großer, wo nicht der entscheidende Beitrag an die Kultur der Menschheit von den Kleinstaaten Europas ausging [45].

In einem Aufsatz vom März 1940 wurde, ebenso deutlich, der Sendung des Kleinstaats „Die Vergänglichkeit des Großstaats“ gegenübergestellt. Dieser sei kaum ein zuverlässiges Gebilde, denn die beiden Güter Dauer und Sicherheit seien von ihm nicht zu erwarten. Sowohl der Großstaat, geschaffen von einem überragenden Individuum (Napoleon), wie auch der von einem langlebigen Geschlecht aufgebaute (das Habsburger Reich) und das durch ein ganzes Volk vollendete Kunstwerk des Imperium Romanum seien Beispiele, das letztere schon deswegen, weil man die großstaatliche Entwicklung Roms nicht über 700 Jahre ansetzen könne. Das darauf folgende italienische Kleinstaatsensystem dagegen schließe, wenn auch nicht ohne großmächtige Verflechtung, an die 1400 Jahre in sich. Das makedonische Universalreich habe seinen Schöpfer nicht lange überlebt. Die pyrenäische Kleinstaatenwelt hielt sich an die acht Jahrhunderte, die Weltreichentwicklung Spaniens mühsam gerade nur vier. Es müsse einen Grund geben, der *für* bemessene und *gegen* maßlose Gebilde spricht. Der Wurm der Vergänglichkeit nage am Großstaat. Das Bild vom organischen Charakter des Staates sei ein gutes Bild. Alles Organische aber sei begrenzt in seinen Möglichkeiten

und nicht ersetzbar durch Organisation. „Alles, was der Mensch hat“, habe Schleiermacher gesagt, „hat auch ihn“. Das gleiche gelte vom unaufhaltsam ausgreifenden Staat, der schließlich zusammenbrechen müsse unter der Last, die seine Stütze hätte werden sollen. Und die Gewalt! Sie sei das Schlimmste, nicht nur, weil ihre Anwendung sehr leidvoll, sondern weil sie in ihren Folgen unbezahlbar sei. Am Ausgang der Gewalt habe immer noch die Armut gestanden. Eine Vollmacht freilich wolle er der Gewalt nicht absprechen: die Zerstörungsfähigkeit. Gewiß könne das Grab, das man dem Überwundenen läßt, äußerst knapp bemessen sein. „Aber“ – und dies war die abschließende Warnung – „Du irrst dich nicht, wenn du dahinter riesengroß den Friedhof seines Überwinders siehst“. [46].

Nicht allein das Datum des Aufsatzes vom Juli 1940 „Aufgabe und Dasein“ verrät die wachsenden eidgenössischen Zukunftssorgen, auch der Inhalt läßt daran keinen Zweifel. In der schweizerischen Ideologie habe von früh an die Meinung bestanden, die Schweiz sei die Hüterin der Alpenpässe. So verhalte es sich in der Tat. Die andere Lehre gehe dahin, daß die Schweiz an einem Kreuzweg der Ideen stehe und dadurch zu einer Art moralischer Treuhandenschaft bestimmt sei. Man gewahre bei Landesfremden immer wieder das Erstaunen, daß sich in der Schweiz die Minoritäten, wo immer es angeht, nicht nach der Majorität richten, sondern umgekehrt, die Majorität ihren Sieg in der tausenfältigen Respektierung der Minoritäten sucht. „Es ist dies unsere Kunst der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts unter Sprachgruppen... Neben dem nach innen gewandten Heimatgut folgten sich bei uns insbesondere in den letzten zwei Jahrhunderten die europäischen Vermittlungen in einer Konsequenz und Dichte, daß sie zum schweizerischen Charakteristikum geworden sind“. Aber „wir sind nicht nur eine Funktion, sondern auch eine Substanz. Johannes von Müller, der große Geschichtsdenker, hatte ein tiefes Bewußtsein davon, als er unser politisches Schicksal auf der These einer schweizerischen Urfreiheit aufbaute. Dieselbe kann vorübergehend gestört, aber nicht aus unseren naturrechtlichen Titeln gestrichen werden. Darum wollen wir an jeder Art europäischer Versöhnung mitarbeiten, aber nicht zugeben, daß wir in einem angeblich oder wirklich versöhnten Europa zu demissionieren hätten...“ Man müsse sich im Gegenteil an einen italienischen Patrioten wie Carlo Cattaneo halten, der Mitte des vorigen Jahrhunderts „fern vom unerlösten Vaterland in Lugano eine zweite Heimat fand“. Er wollte im Herzen eines dereinst gänzlich freien Erdteils die Eidgenossenschaft als unantastbare Weihestätte wissen „nicht anders als, im Herzen eines freien Hellas, Olympia und Delphi“ [47].

Als diese Zeilen im Sommer 1940 geschrieben wurden, waren es nur noch wenige Tage bis zum 1. August, dem eidgenössischen Nationalfeiertag. Aus diesem Anlaß entstand eine Niederschrift Ernsts, in ihren Aussagen konkreter und kategorischer als alles auf den vorangegangenen Seiten über die Sendung des Kleinstaats Gesagte. Der Völker Schicksale führten über Berg und Tal, so begann der Patriot Ernst diesen wahrscheinlich vor dem Rütli-Rapport verfaßten Aufruf: „Wir werden nicht behaupten, daß wir den diesjährigen Bundesfeiertag auf einer Höhe zubringen, deren wolkenlose Aussicht uns zu ungetrübtem Genuß ermunterte... Gemessen an den Bedingungen ..., unter denen der Bund sich bestätigt und erhalten hat, fehlt heute seinem Dasein die selbst-

verständliche Gewißheit, die seine besten Zeiten bis herauf zu uns begleitete... Das Welt drama, dem wir beiwohnen, hat das hergebrachte Kräftespiel verändert... Das uns seit 1815 ... verbrieft e europäische Interesse bleibt zwar an sich auch künftig fortbestehen ...“, doch die „Lage, in der wir uns einzurichten haben, behindert unsere traditionelle Artikulation, verschiebt die Potentiale zu unseren Ungunsten in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß und stempelt einen Kampf, den wir nach des Schicksals Willen zu bestehen hätten, von vornherein zum Verzweiflungskampf...“ Es ist klar, daß die Eidgenossenschaft innerhalb ihrer Würde das Menschenmögliche vorkehren wird, den Eidgenossen den Verzweiflungskampf zu ersparen. Eine derartige Haltung bewahrt unter allen Umständen ihren Wert und Sinn. Entschlossenheit nach innen, gepaart mit unverbrüchlicher Loyalität nach außen, stellen sich uns als altbewährte, nie ins Unrecht versetzte Richtlinien dar. Tragen aber kann unsere Rechtllichkeit und Klugheit nur ein grenzenloser Opferwille als unsere „ultimo ratio“ [48]. Die „ultimo ratio“ blieb der Schweiz trotz manch kritischer Zeiten während der Kriegsjahre bis 1945 zum Glück erspart.

### Literatur

- [1] Dem Historiker Jean Rudolf von Salis zufolge (Grenzüberschreitungen 2. Ein Lebensbericht. Frankfurt 1978, S. 42), habe der deutsche Absichten stets falsch einschätzende Chef des Nachrichtendienstes, Oberst Roger Masson, im Mai–Juni 1940 dem General „eingeredet“, daß 27 kampftüchtige deutsche Divisionen an der Schweizer Grenze bereitstünden.
- [2] Karl J. Walde, Generalstabschef Jakob Huber, 1883–1953. Aarau 1983, S. 60.
- [3] Werner Rings, Schweiz im Krieg 1933–1945. Zürich 1974, S. 191.
- [4] Georg Kreis, „Kriegsverhütende Funktion der Armee?“, Neue Zürcher Zeitung, 1. Juli 1973.
- [5] In Christian Gasser, Der Gotthard-Bund. Basel 1984, S. 7.
- [6] von Salis, a. a. O., S. 38 f.
- [7] Zitiert von Prof. Erwin Bucher, in „Der Große Schock des Sommers 1940“, Neue Zürcher Zeitung, 3. Mai 1979.
- [8] Ibid.
- [9] Hermann Böschenstein, in „Gleiches Blut – ein gemeinsames Reich“, „Der Bund“, Bern, 17. Juli 1974.
- [10] Bucher, a. a. O.
- [11] Hermann Böschenstein, Neue Zürcher Zeitung, 30. Mai 1985.
- [12] Bucher, a. a. O.
- [13] Rings, a. a. O., S. 277.
- [14] „Der Bund“, 17. Juli 1974.
- [15] Zürich 1983, S. 86.
- [16] Rings, a. a. O., S. 17.
- [17] H. R. Kurz, General Henri Guisan. Zürich 1965, S. 54.
- [18] Bucher, a. a. O., 3. Mai 1979.
- [19] Rings, a. a. O., S. 175.
- [20] Otto Frei, „Diskussion um Guisan und Pilet-Golaz“, Neue Zürcher Zeitung, 23. Februar 1979.
- [21] So der Basler Historiker Edgar Bonjour, zitiert von Rings, a. a. O., S. 182.
- [22] Rings, a. a. O., S. 178.
- [23] Rings, a. a. O., S. 185.

- [24] Korpskommandant Dr. Alfred Ernst, „Die Wahrheit über den ‚Offiziersbund‘ 1940“, in „Die Tat“, 13. September 1969.
- [25] Rings, S. 192. Zur angeblichen Verhinderung frühzeitiger Invasionsabsichten durch deutsch-italienische Gegensätze in Bezug auf die Schweiz vgl. Edgar R. Rosen, „Italien, Deutschland und die Schweiz im Sommer 1940“, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 19, Heft 3, S. 661–665.
- [26] Rings, a.a.O., S. 216.
- [27] „General Guisan, 1874–1960“, Offizielles Erinnerungswerk. Zürich 1960, S. 99.
- [28] Bruno Lezzi, „Der Rütliapparat als Symbol des Widerstandswillens“, Neue Zürcher Zeitung, 26. Juli 1985.
- [29] Ibid.
- [30] Eine Photokopie des von Guisan unterzeichneten Armeebefehls befindet sich im Anhang von Christine Gruner, „Der Rütliapparat des Generals vom 25. Juli 1940“ (Historisches Seminar, Universität Basel, Prof. Dr. Edgar Bonjour, Wintersemester 1967/1968 (Schweizerisches Bundesarchiv, Bern).
- [31] J. R. von Salis, der offensichtlich gegen Guisan stets Vorbehalte hegte und mit diesem erstaunlicherweise auch nie zusammentraf, stützt sich in seiner Kritik der Rütli-Strategie auf die ablehnende Haltung der Oberstkörpskommandanten Prisi und Lardelli während einer Konferenz der Armeeführung am 7. Juli 1940, wie auch auf eine charakteristische Äußerung des exzentrischen Feldmarschall Montgomery (vgl. Grenzüberschreitungen, a.a.O., S. 51–55). Salis hat nicht erfaßt, daß der Sinn des Réduit gerade darin lag, jene von den Genannten befürchtete Invasion des Schweizer Mittellandes mit ihren an die Wand gemalten verhängnisvollen Folgen auf diese indirekte Weise von vornherein zu verhindern. Darüber hinaus aus einigen offenbar vom Armeestab unglücklich formulierten Sätzen des Generalsberichts von 1945 zu folgern, wie von Salis dies tut (S. 52), Guisan habe seine Augen vor der Realität des nationalsozialistischen Regimes verschlossen, kann nur als völlig abwegig bezeichnet werden. Zu den übrigen von Salis vorgebrachten Vorwürfen gegen den General s. die Ausführungen von Bundesarchivdirektor Oscar Gauye, „Au Rütli, 25 juillet 1940. Le discours du général Guisan: nouveaux aspects“, in „Studien und Quellen“, 10, Schweizerisches Bundesarchiv, Bern 1984, S. 5–52.
- [32] Rings, a.a.O., S. 207.
- [33] Gasser, a.a.O., S. 13.
- [34] Fritz Ernst, Späte Essays. Zürich 1963, S. 19.
- [35] Ibid.
- [36] Gotthard Jedlicka, Gedächtnisrede auf Fritz Ernst. Zürich 1958, S. 5 (Für die Kenntnisnahme dieses Sonderdrucks ist der Verf. Herrn Dr. Walter Schmid, Zürich, zu besonderem Dank verpflichtet.)
- [37] Zürich 1936, S. 125.
- [38] Zürich 1940.
- [39] „Zum Gedenken an Fritz Ernst“, Neue Zürcher Zeitung, 29. März 1958.
- [40] A.a.O., S. 77–84.
- [41] A.a.O., S. 99–102.
- [42] A.a.O., S. 79 f.
- [43] A.a.O., S. 81.
- [44] A.a.O., S. 82.
- [45] A.a.O., S. 9–16.
- [46] A.a.O., S. 17–25.
- [47] A.a.O., S. 85–89.
- [48] A.a.O., S. 90–91.